

Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik

Staatsangehörigkeit | Einwanderung | Asyl und Flüchtlinge | Kultur | Einreise und Aufenthalt | Integration | Arbeit und Soziales | Europa

Herausgeber:

Nele Allenberg

*Deutsches Institut für
Menschenrechte, Berlin*

Prof. Dr. Jürgen Bast

Universität Gießen

Prof. Dr. Jan Bergmann

*Präsident des Verwaltungsgerichts,
Stuttgart*

Prof. Dr. Uwe Berlit

*Vorsitzender Richter am
Bundesverwaltungsgericht a.D.,
Leipzig*

Dr. Wolfgang Breidenbach

Rechtsanwalt, Halle

Prof. Dr. Anuscheh Farahat

Universität Wien

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano
Universität Kassel

Katrin Gerdsmeier

Deutscher Caritasverband e.V., Berlin

Dr. Michael Griesbeck

*Vizepräsident Bundesamt für
Migration und Flüchtlinge, Nürnberg*

Prof. (Yeditepe Univ. Istanbul) Dr.

Rolf Gutmann
Rechtsanwalt, Schorndorf

Andrea Houben

*Vorsitzende Richterin am
VG Düsseldorf*

Prof. Dr. Constanze Janda

Universität Speyer

Dr. Sebastian Klaus

Rechtsanwalt, Darmstadt

Prof. Dr. Winfried Kluth

Universität Halle

RiBVerfG Prof. Dr.

Christine Langenfeld
Karlsruhe/Göttingen

Prof. Dr. Anna Lübbe

Hochschule Fulda

Johanna du Maire

*Dienststelle des Bevollmächtigten
des Rates der EKD, Berlin*

Thomas Oberhäuser

Rechtsanwalt, Ulm

Andreas Pfersich

*Präsident des Verwaltungsgerichts,
Halle*

Dr. Hans-Eckhard Sommer

*Präsident Bundesamt
für Migration und Flüchtlinge*

Prof. Dr. Daniel Thym

Universität Konstanz

Ulrich Weinbrenner

*Ministerialdirektor,
Bundesministerium des
Innern und für Heimat, Berlin*

Schriftleitung:

Prof. Dr. Winfried Kluth

(Abhandlungen – V.i.S.d.P.)

Universitätsplatz 10a

06099 Halle

E-Mail: zar@nomos-journals.de

PräsVG Andreas Pfersich

(Rechtsprechung)

E-Mail: an.pfersich@googlemail.com

Prof. Dr. Jürgen Bast

(Rezensionen)

E-Mail:

jurgen.bast@recht.uni-giessen.de

Homepage: www.zar.nomos.de

EDITORIAL

Ende der Willkommenskultur oder neue Nationsbildung?

Wer versucht, die Stimmungslage in der deutschen Gesellschaft zu ergründen, stößt nicht nur auf der Ebene der öffentlichen Debatten, sondern auch bei den sozialwissenschaftlichen Untersuchungen auf ein breites Meinungsspektrum. Das hängt damit zusammen, dass zwar eine weitgehende Einigkeit besteht, dass die Zahl der Kontroversen und Konflikte in vielen Bereichen zugenommen haben, deren Relevanz für die Gesamtverfassung der Gesellschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt aber unterschiedlich bewertet wird. Zudem werden daraus zum Teil gegensätzliche Entwicklungsprognosen abgeleitet.

Exemplarisch gilt dies auch für das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), das sich aus Einzelprojekten zu vier Themenfeldern an elf Standorten zusammensetzt, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt trotz eines gemeinsamen offenen Rahmenverständnisses mit durchaus unterschiedlichen Kriterien interpretieren und erforschen.¹

Bezogen auf Migranten wird der Zusammenhalt traditionell aus dem Blickwinkel der Integration betrachtet und diskutiert, auch weil seit dem Zuwanderungsgesetz aus dem Jahr 2005 diese Terminologie in das Gesetz übernommen wurde. Das ist eine Verkürzung, weil Integration immer ein gesamtgesellschaftlicher Vorgang ist, was besonders an der allgemeinen

Schulpflicht als wichtigstem Instrument gesamtgesellschaftlicher Integration deutlich wird.

1. Gegensätzliche Lageeinschätzungen

Die aktuelle Debatte ist vor allem durch eher negative Lagebeschreibungen wie das „Ende der Willkommenskultur“, das „Scheitern der Migrationspolitik“, den staatlichen Steuerungsverlust sowie die Überlastung von Behörden und Kommunen geprägt. Allen diesen Charakterisierungen der Lage liegt die latente Aussage zugrunde, dass von der Migration überwiegend Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, das öffentliche Interesse und die innere Sicherheit ausgehen. Eine entschlossene Politikwende sowie drastische Maßnahmen wie Grenzkontrollen sollen hier Abhilfe schaffen.

Es ist aber fraglich, ob diese an einzelnen Ereignissen, insbesondere durch Migranten begangenen Straftaten orientierte Lageeinschätzung, der Realität des Zusammenlebens in ihrer ganzen Breite entspricht und insofern die Normallage widerspiegelt. An dieser orientiert sich zum Beispiel die vor wenigen Wochen veröffentlichte Studie von Friedrich Heckmann „Einwanderung mit Zukunft“,² in der ein deutlich ausgewogeneres Bild des Zusammenlebens und der Integration zugrunde gelegt wird.

2. Aussagen des aktuellen Integrationsbarometers

Differenziert fällt die Bestandsaufnahme im aktuellen Integrationsbarometer des Sachverständigenrats für Migration und Integration aus.³ Das Integrationsklima in Deutschland hat sich danach nach einem Hoch bei der vorherigen Befragung wieder geringfügig eingetrübt. Der SVR-Integrationsklima-Index (IKI) erreicht auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten zwar mit 66,3 Punkten denselben Wert wie bei der Erhebung vor vier Jahren, liegt aber um 2,2 Punkte niedriger als bei der Befragung 2021/22.

Diese Entwicklung lässt sich vor allem auf eine etwas skeptischere Wahrnehmung bei Befragten ohne Migrationshintergrund zurückführen. In den Augen von Menschen mit Migrationshintergrund blieb das Integrationsklima hingegen nahezu unverändert. Die Sichtweisen der beiden Bevölkerungsgruppen, die sich zuletzt angenähert hatten, liegen nun wieder 5,4 Punkte auseinander.

Menschen ohne Migrationshintergrund blicken heute skeptischer auf das Integrationsgeschehen in der Nachbarschaft sowie im Bildungsbereich. Sie bewerten das Integrationsklima hier um 4,7 bzw. 5,4 Punkte schlechter als bei der letzten Erhebung – und zwar trotz weiterhin überwiegend positiver eigener Erfahrungen mit herkunftsbezogener Vielfalt. Das Integrationsklima am Arbeitsmarkt und in den sozialen Beziehungen wird demgegenüber nach wie vor deutlich positiver eingeschätzt.

Etwa zwei Drittel der Befragten mit und ohne Migrationsgeschichte erwarten, dass sich Flüchtlinge langfristig positiv auf die Wirtschaft und Kultur in Deutschland auswirken. Dennoch hat sich der Anteil an Menschen ohne Migrationsgeschichte, die Flüchtlinge als Bedrohung des Wohlstands wahrnehmen, im Vergleich zum SVR-Integrationsbarometer 2018 um 10,4 Prozentpunkte erhöht.

Damit wird ein differenziertes Bild gezeichnet, das einerseits eine gewisse Stabilität ausweist, aber auch Bereiche erkennen lässt, in denen Skepsis und Verlustängste zugenommen haben. Es wird deutlich, dass es neben einem stabilen und positiven Integrationsbefund Probleme und Herausforderung gibt, mit denen sich Politik und Gesellschaft auseinandersetzen müssen.

3. Optimistischer Erklärungsansatz der Neuen Nationsbildung

Auf einer anderen Ebene entwickelt Friedrich Heckmann eine alternative und in der Konzeption positive Perspektive auf das Migrationsgeschehen. Er überwindet mit seinem Ansatz der Nationsbildung die Dichotomie zwischen aufnehmender Bestandsgesellschaft und Migranten als hinzukommende Minderheit in der Gesellschaft, die zu integrieren ist, indem er diesen Prozess als neue Nationsbildung unter veränderten Voraussetzungen versteht.

Entscheidend für dieses Konzept ist das Verständnis der Nationsbildung als offenem Prozess, bei dem die Gestalt und die Prägung der Nation, mutmaßlich im Rahmen der geltenden Verfassung, durch den politischen und kulturellen Verständigungsprozess aller beteiligten Akteure bestimmt wird. Das wird

alle, die sich der bestehenden tatsächlichen oder vermeintlichen Identität der Gesellschaft verpflichtet fühlen, zu Widerspruch herausfordern. Im Grunde wird damit aber letztlich der durch die normative Kraft des Faktischen bestimmte Entwicklungsprozess beschrieben, der ohnehin abläuft, solange und soweit nicht durch zwingende gesetzliche Vorgaben Grenzen für Veränderungen durch die jeweils prägenden Mehrheiten verordnet werden.

4. Orientierung an Teilhabe als neuer Diskursrahmen

Ein weiterer Impuls für die Integrationsdebatte besteht schließlich darin, die Aufmerksamkeit von der Lage der Migranten stärker auf die allgemeine soziale von Menschen zu lenken und nach ihren Chancen für eine faire Teilhabe zu fragen.⁴ Dieser menschenrechtliche Ansatz trägt dem Umstand Rechnung, dass etwa im Bereich der Bildung nicht so sehr der Migrationsaspekt, sondern die soziale Lage der Familie entscheidend für Bildungserfolge ist. Konsequenter umgesetzt würde dieser Ansatz auch dazu führen, Fördermaßnahmen noch konsequenter als bislang an den jeweiligen Bedürfnissen und weniger am Status als Migrant auszurichten. Damit würde auch dem Einwand, dass Migranten bisweilen mit ihren Bedürfnissen mehr Aufmerksamkeit erfahren als die einheimische Bevölkerung, die Grundlage entzogen.

Prof. Dr. Winfried Kluth, Halle (Saale)

- 1 Siehe den Ersten Zusammenhaltsbericht des FGZ: https://fgz-risc.de/fileadmin/media/documents/FGZ_Zusammenhaltsbericht_2023.pdf (letzter Zugang am 17.2.2025).
- 2 Heckmann, Einwanderung mit Zukunft. Neue Nationsbildung in Deutschland statt Minderheitengesellschaft, 2024 (letzter Zugang am 17.02.2025).
- 3 Abrufbar unter: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2024/12/SVR_Integrationsbarometer_2024_barrierefrei.pdf (letzter Zugang am 17.2.2025)
- 4 Dazu instruktiv Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: <https://www.berlin-institut.org/studien-analysen/detail/alle-sollen-teilhaben-1> (letzter Zugang am 17.2.2025)

Neu in Ihrem Abonnement:

Der monatliche Newsletter „Informationsdienst Migrationsrecht (MigRI)“! Sie haben die aktuelle Ausgabe des MigRI noch nicht automatisch per E-Mail erhalten? Dann registrieren Sie sich gratis unter nomos.de/migri.